

WAHL BOYKOTT

ROTE POST

Nr. 43

August 2021

NAOVOTAR!
REBELAR
MOVIMENTOFER

INTERNATIONAL

6

100 JAHRE
KOMMUNISTISCHE PARTEI
CHINAS

HAMBURG

14

MIETERRECHTE MIT
FÜSSEN GETRETEN

BRD

8

DIE BUNDESTAGSWAHL
UND DIE FLUT

BREMEN

16

LEIHARBEIT FÜR DIE BLG –
EIN ERFAHRUNGSBERICHT

FRAUEN

10

MIGRANTINNEN IN DER
24-STUNDEN-PFLEGE

NORDRHEIN-WESTFALEN

18

DAS HOCHWASSER - WAS
DER STAAT UNTERNIMMT

BERLIN

12

JUGENDLICHE SOLLEN AN
DIE PSEUDO-URNE

BADEN-WÜRTTEMBERG

20

RASSISTISCHE CHATS IN
DER FREIBURGER POLIZEI

KULTUR

22

LESERBRIEF:
„EIN HERZ FÜR TINDER?“

INHALT

4 BILD DES MONATS

6 INTERNATIONAL

8 BRD

10 FRAUEN

12 BERLIN

14 HAMBURG

16 BREMEN

18 NORDRHEIN-WESTFALEN

20 BADEN-WÜRTTEMBERG

22 KULTUR

**KÄMPFE DER BAUERN IN BUENOS AIRES,
ECUADOR**

**100 JAHRE KOMMUNISTISCHE PARTEI
CHINAS**

**DIE BUNDESTAGSWAHL UND DIE FLUT
SCHATTENWELT IM DEUTSCHEN
PFLEGESYSTEM: MIGRANTINNEN IN DER
24-STUNDEN-PFLEGE**

**„LICHTENBERG SUCHT DEN SUPERSTAR“:
JUGENDLICHE SOLLEN AN DIE
PSEUDO-URNE**

MIETERRECHTE MIT FÜSSEN GETRETEN

**LEIHARBEIT FÜR DIE BLG –
EIN ERFAHRUNGSBERICHT**

**DAS HOCHWASSER UND WAS DER STAAT
WIRKLICH UNTERNIMMT**

**RASSISTISCHE CHATS IN DER
FREIBURGER POLIZEI**

LESERBRIEF: „EIN HERZ FÜR TINDER?“

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für
Abos schreibt uns eine Mail an
rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leserinnen und Leser,

wir beginnen diese Ausgabe mit einer dringenden Mitteilung. Seit nun bald 29 Jahren wird der Vorsitzende Gonzalo – der Führer der Kommunistischen Partei Perus (KPP), die 1980 einen revolutionären Krieg gegen den reaktionären peruanischen Staat begann – in einer unterirdischen Zelle auf der Marinebasis Callao festgehalten. Seit seiner Verhaftung am 12. September 1992 läuft damit die Kampagne zur Ermordung des Mannes, unter dessen Anleitung der peruanische Staat fast in die Knie gezwungen wurde, trotz aller Unterstützung aus dem Ausland, vor allem durch den Yankee-Imperialismus. Jetzt gab der peruanische Staat bekannt, dass der Vorsitzende Gonzalo seit Mitte Juli angeblich in eine schlechte Gesundheitssituation eingetreten ist. Dies ist Teil der Kampagne seiner Ermordung, und es ist höchste Aufmerksamkeit darauf zu richten. Denn auch die Revisio-nisten, die sich als seine „Nachfolger“ ausgeben, schmieden ihre Pläne, um an seiner Ermordung mitzuwirken und die schlechte Lage der KPP weiter aufrecht zu erhalten und zu verhindern, dass sie sich reorganisiert. Mit Hinblick auf diese Situation wurden bereits in vielen Ländern Aktionen von Kommunisten durchgeführt, um sein Leben zu verteidigen, doch es ist weiter notwendig, die Kampagne zur Verteidigung seines Lebens zu verbreitern und zu vertiefen.

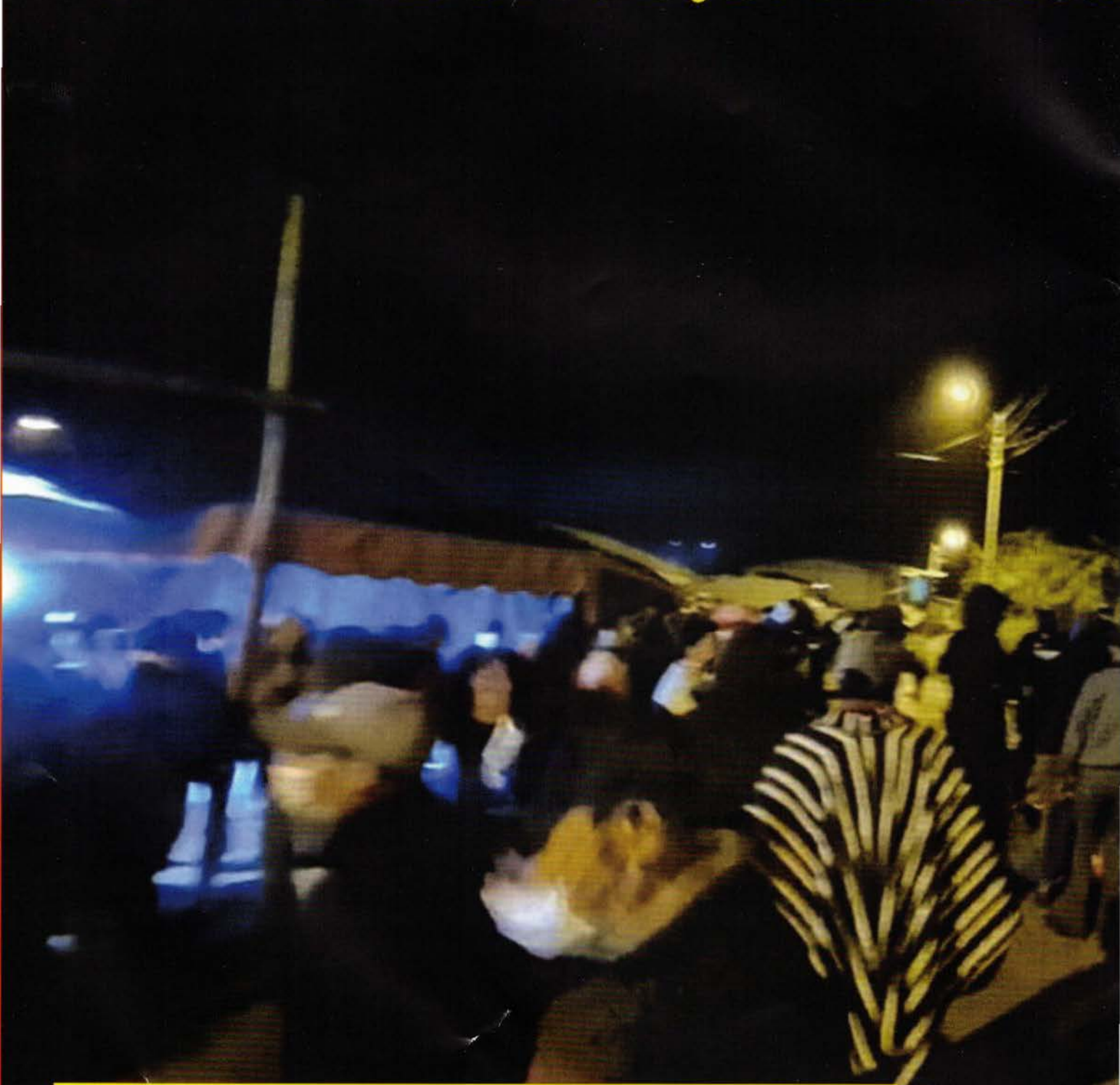
Seit Mitte August zittern die Imperialisten – insbesondere jene, die Teil des Militärbündnisses NATO sind – und ihre Lakaien mal wieder. Der schnelle Vormarsch der Taliban nach dem Abzug der ausländischen Besatzungstruppen überraschte fast alle und Panik griff unter den ehemaligen Besatzern und ihren Kollaborateuren um sich. Zeigt der schnelle Vormarsch und Sieg der Taliban doch, dass nicht mal die Yankee-Imperialisten dazu in der Lage sind, ein stabiles, langfristiges Lakaien-Regime zu installieren, wenn sie es nicht direkt militärisch stützen. Wozu sie aber wiederum auch nicht langfristig in der Lage sind. Der Nimbus der angeblichen Unbesiegbarkeit der USA hat wieder einmal einen großen Riss bekommen und das in einer Situation, wo immer wieder andere imperialistische Mächte den Yankee-Imperialismus herausfordern und sie berechtigterweise die imperialistische Weltordnung, die seit dem Ende des 2. Weltkrieges existiert, in Gefahr sehen. Der Sieg der Taliban ist wieder ein Beweis für die Kraft eines Volkes, das das Gewehr in die Hand nimmt und dafür, dass er Imperialismus in einem Prozess unterschiedlicher Kriege und bewaffneter Auseinandersetzungen untergehen wird. Die zahlreichen Bildvergleiche, die vor allem im Internet kursieren, von der chaotischen Evakuierung am Flughafen von Kabul mit der Evakuierung von Saigon 1975, demonstrieren, dass das Wissen darum, dass der Yankee-Imperialismus nicht dazu in der Lage ist, ein Land mit einem kämpfenden Volk langfristig zu besetzen, sich weiter in den Massen verankert.

Die Taliban wiederum zeichneten schon kurz vor ihrem Sieg ein Bild, das aus der nationalen Befreiungsbewegung leider nur zu gut bekannt ist. Schnell begannen die Taliban damit, sich anderen Imperialisten anzubiedern. So waren ihre Delegationen schnell in Russland und China zu sehen, wo sie sich Unterstützung zusicherten. Dies wiederum ist ein Beweis dafür, dass die nationale Befreiungsbewegung der Führung durch das Proletariat bedarf. Also dass ein Volk nur seine tatsächliche Befreiung unter der Führung einer Kommunistischen Partei erreichen kann, die sich nicht scheut, den Kampf mit allen notwendigen Konsequenzen aufzunehmen und zu Ende zu führen. Und das ist sicherlich auch, was das afghanische Volk tun wird. Die Besatzer hat es zur Hölle geschickt. Jetzt kann es den restlichen Einfluss des Imperialismus über das Land brechen, dafür braucht es die demokratische Revolution unter Führung des Proletariats.

Wichtig ist, diese Lehren auch inmitten des Wahlkampfes in der BRD im Kopf zu behalten. Denn wer auch immer die Farce am Ende für sich entscheiden wird und welche Regierung die deutsche imperialistische Großbourgeoisie für am geeignetsten halten wird, eines ist klar: Auch die BRD wird mir der nächsten Regierung wieder an neuen Kriegen beteiligt sein. Doch bevor es so weit ist, gilt für die Wahlen wie immer: **Geht nicht wählen, sondern kämpft und wehrt euch!**

Eure RoPo-Redaktion

¡LA REBELIÓN SE JUSTIFICA AC



In Ecuadors Provinz Imbabura liegt das Gebiet Buenos Aires, das seit langem von Bauern kontrolliert wird und von ihnen zur bergbaufreien Zone erklärt wurde. Immer wieder greift der ecuadorianische Staat das Volk in der Region Imbabura im Dienste der Bergbaukonzerne an, die dort ihre Industrie ausbauen und die Bauern von ihrem Land vertreiben wollen. Der letzte Angriff von Polizei und Militär begann Ende Juli - die Einwohner von Buenos Aires schlugen allerdings jede Attacke tapfer zurück.

Auf dem Bild, was die FDLP-EC (Front der Verteidigung der Kämpfe des Volkes - Ecuador) von den Bauern im Kampf veröffentlicht hat, schreiben sie „Die Rebellion ist gerechtfertigt hier und jetzt!“, im Logo steht „Kämpft und wehrt euch - Buenos Aires erhebt sich! - Bergbaufreie Zone“

¡UÍ Y AHORA!



COMBATIR Y RESISTIR

¡Buenos Aires se levanta!

ZONA LIBRE DE MINERÍA

100 JAHRE KOMMUNISTISCHE PARTEI CHINAS

Am 1. Juli diesen Jahres wurde die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) 100 Jahre alt. Dieses Jubiläum wurde sowohl vom Proletariat als auch der Bourgeoisie gefeiert. Die Bourgeoisie, die in China an der Macht ist, nutzte den Anlass, um Stärke zu demonstrieren und gegenüber ihren imperialistischen Konkurrenten ihre Ansprüche in der Welt zu untermauern. Eine große Militärparade mit 70.000 Zuschauern fand auf dem Tian'anmen-Platz in Peking statt, wo Staats- und Parteioberhaupt Xi Jinping ausländische Imperialisten davor warnte, in die inneren Angelegenheiten Chinas einzugreifen. *„Jeder, der das versucht, wird verwundet und blutig vor der großen eisernen Mauer stehen, die aus dem Fleisch und Blut von 1,4 Milliarden Chinesen gebaut ist.“*, sagte er in seiner Rede. Die Kommunisten der *Kommunistischen Gruppe (maoistisch)* in der Volksrepublik China feierten das Jubiläum der Partei im Dienst ihrer Rekonstitution und veröffentlichten eine Erklärung auf der Internetseite „Communist International“ (ci-ic.org). Darin erläuterten sie, warum die „Kommunistische Partei Chinas“ schon lange nicht mehr kommunistisch, sondern bürgerlich ist, weshalb die wahrhaftige Kommunistische Partei wieder geschaffen werden muss. Sie schreiben auch über die heutige Situation in China:

„Die Arbeitsbedingungen für Hunderte Millionen von Landarbeitern und armen städtischen Proletariern sind sehr miserabel, Lohnvorenthaltung, grausame Behandlung und Arbeitsunfälle sind für die Arbeiter die Norm, da die grundlegenden Schutzmaßnahmen des sozialistischen Systems längst vollständig abgeschafft wurden. Wenn Arbeiter gegen die Ausbeutung kämpfen, werden sie oft von der Polizei unterdrückt. Organisation in einer Gewerkschaft ist auch heute noch völlig illegal, und die offiziellen Gewerkschaften, die von einer Handvoll Bürokraten gegründet werden, haben fast nie eine Wirkung.“

Auch die meisten Bauern auf dem Lande werden von der Bourgeoisie stark ausgebeutet. Nach der Zerschlagung der Volkskommunen kam es zu einer raschen Polarisierung des ländlichen Raums, die eine Handvoll reicher Bauern und die breite Masse der armen Bauern hervorbrachte. In vielen Gebieten des ländlichen Raums werden die Aufträge de facto von den lokalen Clans kontrolliert. Vor der Abschaffung der

Agrarsteuer im Jahr 2006 trug die Landbevölkerung extrem hohe Lasten, und vielerorts kam es zu Kämpfen gegen die Besteuerung. [...] Nach Xi Jinpings Aufstieg zur Macht im Jahr 2012 wurden zwar Slogans wie ‚Korruptionsbekämpfung‘, ‚Rechtsgrundsatz‘ und ‚Beseitigung der Armut‘ zur Täuschung des Volkes ausgegeben, aber in Wirklichkeit wurden keine bedeutenden sozialen Reformen durchgeführt. Nach der strafrechtlichen Verfolgung mehrerer hunderttausend korrupter Beamter hat sich die soziale Ungleichheit weiter vergrößert ...“

Die *Kommunistische Gruppe (maoistisch)* beschreibt China als ein sozialimperialistisches Land. Das heißt im Wort sozialistisch, in der Tat imperialistisch. Die Feier, die der chinesische Staat zum hundertjährigen Bestehen der Partei veranstaltete, ist ein aktuelles Beispiel: Überall hingen rote Fahnen mit Hammer und Sichel, Xi Jinping war im Stile von Mao Tse-tung gekleidet und sprach wie üblich: *„Ich werde der Partei treu sein, lebenslang für den Kommunismus kämpfen, ich werde jederzeit bereit sein, alles für die Partei und das Volk zu opfern und ich werde die Partei niemals verraten“* und *„Jeder Versuch, das Volk von der Partei zu trennen, wird scheitern“*, außerdem lobte er den Fortschritt der „sozialistischen“ Wirtschaft in China. Tatsächlich wurde seit dem Tod von Mao Tse-tung 1976 in China der Kapitalismus restauriert. Der Konterrevolutionär Deng Xiaoping führte die angebliche „Sozialistische Marktwirtschaft“ ein. Dieser Name sollte die kapitali-



Übertragung der Rede von Xi Jinping am 1. Juli auf den Straßen Chinas

stische Restauration verschleiern. Große Unternehmen entstanden in China, die die Lohnarbeit wieder einführen, die Arbeiter verloren die Kontrolle über die Produktion. Heute sind z.B. „Sinopec“ und die „China National Petroleum“ für Öl und Gas, die ICBC-Bank, der Internetkonzern Tencent oder auch Telekommunikationsriese Huawei zu nennen, die kapitalistische Unternehmen sind. Zugleich machen sie Profit mit der Ausbeutung der Völker der Welt, besonders in ostafrikanischen und ostasiatischen Ländern.

„Auf internationaler Ebene ist die Großbourgeoisie in China in eine neue Krise geraten. China betreibt eine Politik zur Erleichterung des Kapitalexportes wie die ‚Neue Seidenstraße‘ und stationiert Streitkräfte in Afrika. Diese Maßnahmen verschärfen den Widerspruch zwischen dem chinesischen Sozialimperialismus und den unterdrückten Nationen auf internationaler Ebene sowie den Widerspruch zwischen China und anderen imperialistischen Mächten. Die Menschen in vielen unterdrückten Ländern verbrannten die chinesische Flagge und forderten die chinesischen Kapitalisten auf, zu verschwinden.“

Nicht nur in den Ländern, die China unterdrückt, sondern auch in China selbst kämpft das Volk. Auch wenn die Organisierung wegen der heftigen Unterdrückung deutlich geheimer und umständlicher ist, zeigt sich täglich, dass sich die Leute dagegen wehren, unter ihren Umständen weiterzuleben.

„Mit Beginn des neuen Jahrhunderts haben die chinesischen Arbeiter ihren Verteidigungskampf nie eingestellt. Nach offiziellen Angaben nehmen die ‚Massenereignisse‘ in China jedes Jahr zu, und ‚bei Massenereignissen mit mehr als 100 Teilnehmern ist die Hauptursache der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital‘. Die Arbeiterkämpfe nahmen viele Formen an, wie Streiks, Märsche und Sitzstreiks, wobei der intensivste Kampf der ‚Vorfall bei der Tonghua Iron Group‘ war, bei dem wütende Arbeiter einen reaktionären Manager zu Tode prügeln. Darüber hinaus erhoben die Arbeiter in einigen Fabriken die Forderung nach der Gründung von Gewerkschaften. Aufgrund des reaktionären Charakters des chinesischen reaktionären Regimes werden fast alle dieser Kämpfe unter Androhung polizeilicher Repressionen geführt.“

[...]

In den letzten Jahren begannen mehr und mehr Massen, die Ära Mao Tse-tung neu zu bewerten. Viele junge Studenten und Arbeiter kamen mit dem Marxismus in Berührung, an vielen Hochschulen entstanden marxistische Clubs, und in der Gesellschaft bildeten sich kleine Kreise, die den Marxismus studierten. Ihre Standpunkte entwickelten sich im Vergleich zu den früheren Linken in gewissem Maße weiter, wobei einige die Parole der bewaffneten Revolution und der Diktatur des Proletariats vertraten. Diese Gruppen waren jedoch noch nicht in der Lage, die Revolution wirklich anzuführen. Im Jahr 2018 forderten fortgeschrittene Arbeiter des Unternehmens Jasic in Shenzhen die Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft. Nach der Verhaftung der Arbeiter gingen linke Studenten aus der Stadt und aus anderen Gebieten zur Polizeiwache, um zu protestieren, was mit der Verhaftung fortschrittlicher Elemente, die sich am Kampf beteiligten, durch den faschistischen Staat endete. In der Folge kam es im ganzen Land zu massiven Repressionen gegen fortschrittliche Gruppen. [...] Alle fortschrittlichen Elemente gegen die faschistische Diktatur der Bourgeoisie in China müssen die theoretische Führung des Marxismus-Leninismus-Maoismus, hauptsächlich Maoismus, annehmen, revolutionäre Organisationen auf dieser Grundlage aufbauen, Zweilinienkämpfe führen und die Rekonstitution der militarisierten Kommunistischen Partei Chinas als Hauptaufgabe in der Gegenwart annehmen. Der Weg des langwierigen Volkskrieges ist nicht nur der Weg zur Revolution in halbfeudalen, halbkolonialen Ländern, in denen die Landbevölkerung die Mehrheit bildet, sondern auch der Weg zur Revolution in industrialisierten, imperialistischen Ländern und allen anderen Ländern. Nur durch den Volkskrieg, durch den konzentrischen Aufbau der drei Instrumente der Revolution, der Partei, der Volksarmee und der Einheitsfront, kann die Neue Macht der Diktatur des Proletariats errichtet werden und schließlich die proletarische Revolution im Weltmaßstab vollenden und den Kommunismus verwirklichen.“

Der chinesische Imperialismus, mit seiner Partei „KPCh“, strebt danach, international an Macht zu gewinnen. Währenddessen sucht das Volk nach dem Weg, den verlorenen Himmel - den Sozialismus - wieder zu erlangen. Die Rekonstitution einer wahrhaften Kommunistischen Partei ist der erste Schritt auf diesem Weg. •

DIE BUNDESTAGSWAHL UND DIE FLUT



Durch die Flut erodierte Kiesgrube in Erfstadt

Am 14. und 15. Juli 2021 ereignete sich besonders im Westen der Bundesrepublik die schwerste Flut der letzten Jahrzehnte. Etliche Dörfer und Kleinstädte in Nordrhein-Westfalen (womit sich im NRW-Artikel diese Ausgabe mehr beschäftigt wird) und Rheinland-Pfalz wurden überschwemmt, ganze Häuser von den Fluten mitgerissen, Straßen, Brücken und Bahnlinien zertrümmert und die Existenzen Tausender wurden zerstört. Mindestens 180 Menschen verloren ihr Leben, von vielen weiteren fehlt jede Spur.

WAHLKAMPF, ZYNISMUS UND KALKÜL!?

Der Aufschrei nach dieser Flut war überall groß. Verschiedene hochrangige Politiker reisten direkt ins Flutgebiet, angeblich, um sich ein Bild von der Lage zu machen und ihre Anteilnahme auszudrücken. Angeblich. Denn was sie vor allem machten, war das Licht der Öffentlichkeit für ihren Wahlkampf zu nutzen. Besonders CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet und SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz nutzten das für ihre Zwecke. Schon am 15. Juli reisten beide ins Krisengebiet, machten Mitleidsbekundungen und Versprechungen – alles nach dem Motto „wenn

ich Kanzler bin, wird so etwas nicht mehr vorkommen“. Welch tiefe Anteilnahme Armin Laschet tatsächlich hatte, zeigte er gleich wenige Minuten nach seinem Auftritt im nordrhein-westfälischen Erfstadt, als er nach seiner offenbar nur mitleidend geschaukelten Rede herzlich herumscherzelte und kräftig zu lachen begann. Der Zynismus, den die bürgerlichen Politiker in ihrem diesjährigen Wahlkampf an den Tag legen, ist so kaum zu überbieten. Es herrscht keinerlei Scheu davor, die elendige Lage der Bevölkerung in den Flutgebieten für den eigenen Wahlkampf zu instrumentalisieren. Mehr noch. Mittlerweile ist sogar bekannt, dass die Gefahrenlage bereits im Vorfeld bekannt war und präzise Warnungen an die betroffenen Landkreise ausgesprochen wurden. Doch trotzdem wurde die Bevölkerung nicht gewarnt, und unwissend im Dunkeln gelassen. Diese Untätigkeit trotz bekannter Gefahrenlage spricht – wenn man sich anschaut, welchen Parteien die lokalen Politiker der betroffenen Landkreise angehören – eher für politisches Kalkül als für Versäumnisse in der Kommunikation oder einfache Fehler. Bevor Laschet am 15. Juli öffentlich im Krisengebiet auftrat, traf er unter Ausschluss der Presse den Landrat des Märkischen Kreises Marco Voge (CDU) in Altenahr. Marco Voge war bis Ende letzten Jahres Abgeordneter in Armin

Laschets Landtagsfraktion im nordrhein-westfälischen Landesparlament, bis er im November 2020 das Amt des Landrates des Märkischen Kreises übernahm. Auch der Bürgermeister vom schwer betroffenen Altenahr selbst – Guido Orthen – gehört der CDU an und wies öffentlich schon jegliche Schuld von sich ab, obwohl auch er nichts unternommen hat, obgleich sein Kreis gewarnt wurde. Schon im Wahlkampf von Gerhard Schröder im Jahr 2002 wurde eine Flut – damals in Sachsen – zum Anlass genommen, den Wahlkampf nach vorn zu treiben. Schröder gewann die Wahl damals und bis heute gilt sein „Gummistiefel-Wahlkampf“ als entscheidender Faktor für den Sieg. Die Parallelen zu heute sind unverkennbar. Aber egal, ob es nun politisches Kalkül war oder ein grober Fehler, Fakt ist, dass mit dem Leib und Leben der Menschen vor Ort gespielt wurde und nicht so viele hätten sterben müssen, wie nun gestorben sind.

„KLIMAKAMPF“ STATT KLASSENKAMPF?

Der Kurs, den CDU und SPD im Panorama der Flut nun eingeschlagen haben, geht volle Kraft in Richtung „grün“. Während sich die Grüne Partei von einem Schlamassel ins nächste stürzt, nutzen CDU und SPD die Flut, um „grüne“ Positionen in den eigenen Wahlkampf mit einzubetten und diese offene Flanke bei sich zu schließen. Im Lichte des Ausmaßes der Flut schlagen sie Alarm wegen des Klimawandels, durch den solche Fluten häufiger und heftiger kommen können. Auf diese Weise preschen sie vor, um ein breiteres Wählerklientel anzusprechen und mehr Stimmen zu gewinnen. Vor allem verschleiern sie aber den Klassenkampf mit ihrer Behauptung, der menschengemachte Klimawandel sei das wichtigste Problem. Wie z.B. Heiko Maas in einer offenen Debatte des Sicherheitsrats der „Vereinten Nationen“:

„Uns alle eint eine gemeinsame Sorge: Der Klimawandel stellt heute die größte Bedrohung unserer Existenz dar. Das vergangene Jahr war erneut das heißeste seit Beginn der Aufzeichnungen...“

Sie versuchen, vom hauptsächlichen Widerspruch abzulenken. Der hauptsächliche Widerspruch hier in der BRD ist nicht „Mensch gegen Natur“, nicht „Wirtschaft gegen Klima“; es ist der Widerspruch zwischen zwei Klassen – uns, den Unterdrückten, und ihnen, den Unterdrückern – der Widerspruch

zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Alles anderes verleugnet die Klassengesellschaft, in der wir leben.

WOFÜR NOCH WÄHLEN GEHEN?

Der ganze Zynismus der bürgerlichen Politiker, der sich in ihrem Wahlkampf zeigt, ist letzten Endes aber nur die Spitze des Eisbergs. Hinter uns liegen eineinhalb Jahre geprägt von wirtschaftlicher Krise und Ausnahmezustand. Eineinhalb Jahre, in denen sich einiges verändert hat und der bürgerliche deutsche Staat gezeigt hat, wozu er imstande ist. Jeder, der noch mit sich hadert, ob er am 26. September zur Wahl gehen soll oder nicht, darf sich fragen, wie viel Sinn es noch macht, ein Parlament zu wählen, dessen Befugnisse mehr und mehr dahinschwinden. Jeder, der noch mit sich hadert, ob er wählen soll oder nicht, sollte die letzten eineinhalb Jahre noch einmal Revue passieren lassen. Denn in den letzten eineinhalb Jahren des Ausnahmezustandes war das Parlament schier gelähmt. Die Gewaltenteilung, bestehend aus Legislative, Judikative und Exekutive, wurde de facto beschnitten. Mehr und mehr Befugnisse wurden an die Exekutive – an die Bundes- und Landesregierungen, die Polizei die Ordnungsämter – abgetreten, während Legislative und Judikative immer mehr beschnitten wurden. Das Parlament – und das erkannten sogar einige bürgerliche Politiker – wird mehr und mehr zu einer überflüssigen Institution. Die Krise des Parlamentarismus und damit verbunden die verstärkte Faschisierung des bürgerlichen Staates offenbart sich seit März 2020 noch deutlicher. Es zeigt sich auch noch stärker, dass unsere Stimmen nichts wirklich ändern, sondern nur der angeblichen Legitimation ihres Systems dienen.

GEHT NICHT WÄHLEN, SONDERN KÄMPFT UND WEHRT EUCH!

Die letzten eineinhalb Jahre und zuletzt die Flut im Westen Deutschlands haben wieder gezeigt, dass der bürgerliche Staat ein Instrument zur Verteidigung der Herrschenden, der Bourgeoisie ist. Egal welche Parteien im Parlament, egal welche Forderungen sie stellen, egal was sie versprechen – das Spiel bleibt das selbe, nur die Spieler wechseln. Das einzige, was uns hilft, ist, das Spiel nicht mitzuspielen und es zu beenden. •

SCHATTENWELT IM DEUTSCHEN PFLEGESYSTEM: MIGRANTINNEN IN DER 24-STUNDEN-PFLEGE

Das Bundesarbeitsgericht entschied Ende Juni diesen Jahres, dass Pflegerinnen, die in deutschen Privathaushalten „angestellt“ werden, um 24 Stunden 7 Tage in der Woche einen alten Menschen zu pflegen, nun auch Anspruch auf Mindestlohn haben.

Die meisten sogenannten „Live-Ins“, die seit Anfang der 90er-Jahre meist aus Polen in die BRD kommen, sind privat beschäftigte Pflegekräfte, die alte oder kranke Menschen in ihren Wohnungen versorgen und selbst dort auch leben. Die Frauen werden in einigen Fällen über private Agenturen zu Familien in Deutschland vermittelt. In der bürgerlichen Presse wurde in der Vergangenheit häufig darüber berichtet, dass die Pflegerinnen unter besonders schlechten Arbeitsbedingungen leiden, und auch Fälle von Missbrauch wurden öffentlich. Sie sind Tag und Nacht für die Pflege ihrer Betreuungsperson zuständig, gehen Einkaufen, kochen, geben Tabletten und sind Gesprächspartner. Sie sind jeder Zeit auf Abruf, es gibt so gut wie keine Freizeit, die körperliche und mentale Belastungen sind extrem hoch. Dazu kommt, dass die meisten Frauen nur unzureichend in diesem Beruf ausgebildet wurden. Vielen von denen, die

das Glück haben, einen Arbeitsvertrag bekommen, werden von Anfang an viel zu wenig Stunden abgerechnet. Insgesamt verdienen sie im Schnitt 1500 bis 1700 Euro im Monat. Bei einer 24-Stunden-Stelle entspricht das einem Stundenlohn von 2,08€. Das ist der Normalzustand für die Pflegerinnen, und das perfide dabei: die Bundesregierung unterstützt diese Pflegepolitik.

Da die Pflegerinnen, die nach Deutschland kommen, kaum Rechte haben, wird ihre Situation in vielen Fällen noch mehr ausgenutzt. Die meisten der Frauen verrichten ihre Arbeit schwarz, nur ca. 10% der Frauen bekommen über eine Agentur einen Arbeitsvertrag. Nicht selten kommt es zu rassistischen Beleidigungen, sexuellen Übergriffen, körperlichen Misshandlungen, ein Leben schlimmer als im Knast, im Keller ohne Fenster und mit zu wenig Essen. Es gibt Schätzungen, dass ca. 100.000 bis 300.000 in diesen Verhältnissen in der BRD leben und arbeiten.

Schwarzarbeit, Nicht-Einhaltung von Arbeitsrechten und Misshandlungen sind zwar offiziell in der BRD verboten, dennoch wird diese Schattenwelt im deutschen Pflegesystem nicht nur nicht unterbunden.



Verteilung der Heimatländer unter Arbeiterinnen in der 24-Stunden-Pflege in der BRD (die Zahlen innerhalb der Länder stehen für die „Platzierung“)

Das Pflegesystem ist auf dieses Modell der „Pflegesklavinnen“, wie manche großen Tageszeitungen die Pflegerinnen aufgrund des Ausmaßes der Ausbeutung nennen, angewiesen. Da die Versorgung der älteren und kranken Menschen in dieser Gesellschaft nicht im Kollektiv gelöst wird, werden andere „Lösungen“ gefunden. Die Pflege der alten Menschen im Heim ist in vielen Schichten noch immer verpönt und macht Schlagzeilen, weil die Menschen zu schlecht versorgt werden. Die Pflege im „eigenem Heim“ wird noch immer als die bestmögliche Pflege betrachtet, viele fühlen sich schuldig, ihre Angehörigen ins Heim

„abzuschieben“. Nur können die anderen Familienmitglieder die älteren Menschen nicht, oder nur in Teilen selbst versorgen. Das soll im deutschen Pflegesystem dann ein ambulanter Pflegedienst verrichten. Dieser kann jedoch auch keine ausreichende Versorgung gewährleisten, da die Angestellten in den meisten Fällen nur wenige Minuten am Tag bei der zu pflegenden Person haben. Das Pflegegeld, was die meisten Familien monatlich erhalten, reicht nicht für ein Vollzeitgehalt einer Pflegekraft. Geschweige denn für 3,5 Vollzeitstellen, die man bräuchte, wenn man die arbeitsrechtlichen Standards der BRD für eine 24-Stunden-Betreuung einhalten will. Für viele kleinbürgerlichen Familien in der BRD sind deshalb die Pflegerinnen aus Osteuropa die einzig „bezahlbare“ Alternative, mit der eine „gute“ Versorgung der Alten und Kranken gewährleistet werden kann.

Die Klage einer osteuropäischen Pflegerin hat nun dazu geführt, dass das Bundesarbeitsgericht entschied, dass auch in der 24-Stunden Betreuung der Mindestlohn durchgesetzt werden muss. Die Frau, die vor Gericht zog, kam mit einem 30-Wochenstunden-Vertrag aus Polen nach Deutschland und sah sich plötzlich 24 Stunden am Tag für eine 96-jährige Frau verantwortlich, die weder allein einkaufen, noch auf die Toilette gehen konnte. Das Bundesarbeitsgericht entschied zunächst, dass den sogenannten „Live-Ins“ für mindestens 21 Stunden am Tag der Mindestlohn gezahlt werden müsse. Später wurde das auf die vollen 24 Stunden erhöht. Die bürgerliche Presse reagierte auf diese Meldung mit Schock-Überschriften darüber, dass nun die Pflege zu Hause insgesamt in Gefahr sei. Da es nun nicht mehr so leicht ist, die Pflege auf die „billigen Arbeitskräfte“ aus Osteuropa zu schieben.

Was nicht beschlossen wurde, sind Regelungen darüber, wie flächendeckend kontrolliert werden soll, dass der Mindestlohn volle 24 Stunden am Tag ausgezahlt wird. Wir dürfen nicht vergessen, dass es in dieser Branche fast unmöglich ist, selbst mit gültigem Arbeitsvertrag zu kontrollieren, wie lange jemand tatsächlich pro Tag im Haushalt arbeitet, welche Tätigkeiten verrichtet werden etc. Dazu kommt, dass in der Branche Schwarzarbeit Gang und Gäbe ist, das heißt, dass die Pflegerinnen keine Möglichkeit haben, auf ihre Arbeitsrechte zu bestehen. Wenn nicht in absoluter Schwarzarbeit, dann stecken die Frauen in Scheinselbstständigkeit, das heißt dem Anschein nach legen sie ihre Arbeitsbedingungen selbst fest. In der

Realität haben sie, einmal hier gelandet, keine andere Wahl, als das zu akzeptieren, was der Auftraggeber verlangt.

Mit dem Urteil hat nun jede Pflegerin ein Beispiel, was sie anführen kann, wenn sie selbst vor Gericht zieht, um sich den Mindestlohn zu erstreiten. Das Problem ist, dass die Meisten von ihnen niemals so weit gehen würden, aufgrund von Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit. Aber auch wenn das nicht der Fall ist, sind die Anwaltskosten bei dem niedrigen Gehalt eine scheinbar unüberwindbare Hürde für die Frauen. Auch das enge Verhältnis, was die Frauen mit ihrem „Arbeitgeber“ haben, stellt ein Hindernis dar, auf ihre Rechte zu bestehen. Nicht selten wird die Pflegerin zu einem gewissen Grad zum „Teil der Familie“ gemacht, und die Menschen, die sie bezahlen, sind ihre einzigen Bezugspersonen in Deutschland, die ihr Essen und einen Schlafplatz geben, so wie es bei Sklaven üblich ist. Dass die Pflegerinnen sich organisieren, ist deshalb auch so schwierig, weil sie allein in dem immer gleichen Haus arbeiten, in dem sie leben, und kaum mit ihren Kolleginnen in Kontakt kommen.

So profitiert der deutsche Imperialismus weiter an der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterinnen und Arbeiter aus Osteuropa. Dass das neue Gesetz faktisch keinen Effekt hat, außer, dass es für die, die eine Pflegerin „anstellen“ wollen, schwieriger wird, das auf legalem Wege zu tun, interessiert die Gesetzgeber wenig. Das Wohl der osteuropäischen Frauen wird vom deutschen Imperialismus, der die Versorgung seiner alten Menschen auf diesen Frauen basiert, mit Füßen getreten.

Und was machen die bürgerlichen Parteien? Sie thematisieren es gar nicht mal richtig. Mitten im Wahlkampf fällt in Bezug auf Corona mal ab und zu das Wort „Pflege“, aber die widerliche Ausbeutung der Pflegerinnen aus Osteuropa schweigen sie einfach tot. Sie wollen, dass das eben auch eine Schattengesellschaft bleibt, dass sich niemand beschwert, weil sie dieses Problem nicht lösen wollen. Das ist nur ein weiterer Beweis dafür, dass alle dieser Parteien das Interesse derer vertreten, die uns ausbeuten. Und für uns ein weiteres Zeichen, dass wir keinem der Herrschenden unsere Stimme geben dürfen, sondern die Bundestagswahlen im September boykottieren müssen. •

„LICHTENBERG SUCHT DEN SUPERSTAR“: JUGENDLICHE SOLLEN AN DIE PSEUDO-URNE



Das „Karaoke-mobil“ von Lichtenberg

Am 17. September, neun Tage vor der Bundestagswahl, finden in Deutschland bundesweit die „U18-Wahlen“ statt. Kinder und Jugendliche kennen es in diesem Land allzu gut, dass sich nur die Erwachsenen um politische Themen kümmern sollen und man ihnen erzählt, sie seien noch nicht alt und reif genug, um sich in irgendeiner Form wirklich einzubringen. Deshalb möchte der Staat ihnen die Möglichkeit geben, sich für einen Tag so zu fühlen, als ob ihre Stimme zählen würde, und sie auf den Parlamentarismus einschwören. Die Kinder und Jugendliche dürfen sich also schon mal darauf einstellen, wie es ist, ein Kreuz setzen zu dürfen, das nichts verändert, und damit vermeintlich entscheiden zu können, was in diesem Land in den nächsten vier Jahren passiert.

Im Berliner Bezirk Lichtenberg gibt es im Bezirksamt extra eine Leitstelle für „Kinder- und Jugendbetei-

ligung“ (KJB). Die Leute da gehen offenbar davon aus, die „U18-Wahlen“ hätten bei Jugendlichen einen hohen Stellenwert:

„Wie ein Lauffeuer verbreitet sich die Botschaft von der Wahl für die, die in unserem Staat eigentlich gar nicht wählen dürfen. Das ist wie mit 13 Moped fahren, mit 15 das Auto der Eltern aus der Garage oder aus der Parklücke rangieren, oder, oder, oder... der Reiz liegt nun mal im Verbotenen, was eigentlich gar nicht verboten ist, wenn man die nötige Reife dazu hat.“

Total cool, echt. Um diese Wahlen allerdings noch stabiler zu machen, hat man sich etwas ganz derbes einfallen lassen, um das Wahllokal richtig „wyld“ aussehen zu lassen: Ein „Karaoke-Mobil“ mit einer „Demokratie-Lounge“. An sieben Orten in Lichtenberg soll das Karaoke-Mobil im Vorfeld

der Bundestagswahlen und der U18-Wahlen Halt machen. Dabei wird kombiniert: Information, Spiele, Quizrunden über die Wahlen, und zeitgleich findet ein Karaokeprogramm statt, das in einen Wettbewerb mündet: „Lichtenberg sucht den Superstar“. Das Finale dieses Wettbewerbs findet am auch am Abend des 17. September, auf der „U18-Wahlparty“ auf großer Bühne statt. Nachdem die Kinder und Jugendlichen ihre Stimme für die Vertreter unserer Ausbeuter abgegeben haben, dürfen sie entscheiden, wer Lichtenbergs „Superstar“ 2021 wird.

Lichtenberg ist ein armer Bezirk; besonders die Plattenbauten im Fennpfuhl bis rund um die Landsberger Allee und in Neu-Hohenschönhausen sind bewohnt von Arbeitern. Die Termine des Karaoke-Mobils sind vor Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen im Bezirk. Sechs der sieben angesteuerten Orte liegen inmitten von Plattenbauten. Die Herrschenden bezwecken also, die Kinder und Jugendlichen aus den breitesten Schichten der Arbeiterklasse, von denen ein Großteil ohne jedes Vertrauen in den bürgerlichen Staat aufwächst ist, in ihr System zu „integrieren“, ihnen weis zu machen, dass es sich lohnt, wählen zu gehen. Dafür eignen sich besonders Schulen natürlich gut, weil dort ganz viele junge Leute auf einmal konzentriert sind. Bock auf irgendwas mit Wahlen hat da erst mal keiner, aber Karaoke klingt ja ganz interessant. Man wird also förmlich gelockt, um sich in dann in der „Demokratie-Lounge“ damit zu beschäftigen, wie bürgerliche Wahlen ablaufen. Was immer dabei betont wird: *Auch wenn du eine ganz andere Meinung hast und eigentlich das System richtig schlecht findest, nutze den Weg der Wahlen, um deine Unzufriedenheit auszudrücken.* In den Spielen, bei denen man sich in der „Demokratie-Lounge“ amüsieren kann, findet das auch seinen Ausdruck:

„So gibt es zum Beispiel ein fünf mal fünf Meter großes Demokratiespiel, bei dem Kinder und Jugendliche selbst zu Spielfiguren werden. Ziel ist es, herauszufinden, welcher Demokratietyp sie sind – Rebell, Diplomat, Helfer oder doch eher Couch-Potato?“

Ein Rebell gegen das System, der sich an Wahlen für das System beteiligt, ist kein Rebell. Was dieses Spiel den jungen Leuten aber noch beibringen will, ist, dass es immer eine „gute Mischung braucht“. Wir sollten denken, eine Partei ist ein bisschen für

gute Wirtschaft, die nächste ist für mehr „Soziales“, die dritte für bessere Verständigung mit anderen Ländern, die vierte für mehr Umweltschutz, und so weiter und so fort. Als könnten diese Sachen gar nicht miteinander einhergehen. Es brauche „Pluralismus“, um eine Demokratie am Laufen zu halten. In Wahrheit ist es aber so: alle bürgerlichen Parteien vertreten das Interesse der Bourgeoisie, die Besonderheiten einer Partei sind die besonderen Interessen einer Fraktion, einer Untergruppe der Herrschenden. Aber im Wesentlichen tun all diese Parteien das gleiche, nämlich die Reichen an der Macht halten. Die KJB schreibt auch:

„Die U18-Wahl steht für die Ernsthaftigkeit im Umgang mit den Wahlen und der spielerischen Heranführung an politische Inhalte, Parteien und das Wahlverfahren.“

Es geht also schon konkret darum, zu lernen, wie Parlamentarismus funktioniert. Am Ende soll das Karaoke-Mobil natürlich so viele Kids wie möglich ins „U18-Wahllokal“ und zur „U18-Wahlparty“ bringen. Sie geben sich zuversichtlich, dass sich viele junge Leute aus der Gegend beteiligen. Dabei drückt sich das Interesse der Kinder aus der Arbeiterklasse an der bürgerlichen Demokratie unserer Erfahrung nach eher oft in Aussagen wie eines 13-jährigen „Junge, Merkel, man sieht doch dass sie lügt, diese ****“ oder einer Gruppe von Grundschulkindern in einem Arbeiterviertel mit „wir vertreiben diese Könige und hauen die, schwören wir!“ aus. Diese Haltung beweist, dass die Minderjährigen nicht unpolitisch sind, sogar im Grundschulalter.

Durch „U18-Wahlen“ gewinnen die Kinder und Jugendlichen nicht an Mitbestimmungsrecht, sondern sollen dafür begeistert werden, später als Erwachsene an den bürgerlichen Wahlen teilzunehmen. Die Herrschenden brauchen Legitimation, und sie brauchen deshalb auch die Stimmen der jungen Leute, die in vier Jahren zur Urne gebeten werden. Für die „U18-Wahlen“ gilt dasselbe wie für die Bundestagswahlen – wir geben der Bourgeoisie nicht die Legitimation, die sie von uns wollen, weil wir sie und ihr System hassen! •

MIETERRECHTE MIT FÜSSEN GETRETEN



Von Kakerlaken befallenes Wohnhaus in Horn

Die Rote Post berichtete vor Kurzem bereits über das „Ekel-EKZ“ in Steilshoop, welches die Stadt erst hat verfallen lassen, um es nun teuer sanieren zu lassen. Im Hamburger Stadtteil Horn wurden nun Zustände an die Öffentlichkeit gebracht, die unseren bisherigen Berichte übertreffen.

Vor einigen Wochen starb in dem betroffenen Haus ein Messie. Vor der Wohnungstür riecht es nach Verwesung. Dreck und Müll aus der Wohnung wurden durch das zuständige Wohnungsbaunternehmen SAGA noch immer nicht entfernt. Die Anwohner leben jetzt seit Monaten in menschenunwürdigen Zuständen in dem Haus. Ihren Berichten zu Folge werden sie nachts aus dem Schlaf gerissen, weil Kakerlaken auch die über die Arme der Mieter krabbeln. Laut den Anwohnern habe es schon immer ein Ungeziefer-Problem in dem Haus gegeben. Die Situation sei zwischendurch etwas besser geworden, nachdem sich Kammerjäger dem Problem angenommen haben. Seitdem der Messie tot ist, sei das Problem schlimmer geworden. Da an der Messie-Wohnung jedoch seit Wochen nichts gemacht wird, kann sich der Befall in aller Ruhe weiter ausbreiten. Bereits seit über einem Jahr versuche die SAGA

angeblich, das Problem zu beseitigen. Doch es existiert weiter. Auf die Idee gekommen, schwereres Geschütz bei der Schädlingsbekämpfung aufzufahren oder gleich die Messie-Wohnung auszuräumen, ist bei der SAGA bisher anscheinend niemand. Nun sind laut SAGA die Mieter gefragt: sie müssen den Schädlingsbekämpfern nun Zugang zu jeder einzelnen Wohnung geben, um den Befall nachhaltig zu beseitigen. Inwiefern die Versprechungen der schnellstmöglichen Bekämpfung des Befalls jedoch eingehalten werden, bleibt abzuwarten.

Dass die SAGA den Fall überhaupt erst so weit kommen lässt und von ihren Mietern, die unter menschenunwürdigen Bedingungen leben müssen, weiterhin Miete kassiert, zeugt davon, dass sich die stadteneigene Wohnungsbaugesellschaft mindestens nicht für das Wohl ihrer Mieter interessiert. Wenn nicht sogar andere Gründe hinter der Untätigkeit stecken. Man könnte nun meinen, die SAGA will es hier in Horn machen, wie die Stadt Hamburg schon in Steilshoop, erst verfallen lassen, dann mit einem neuen Investor, dem „Retter in der Not“, von Grund auf sanieren, um später die Mieten in unbezahlbare Höhen treiben zu können.

Damit kennt sich die Stadt Hamburg auch durch die „Bruchbude in Eilbek“ aus. Der Roßberg 33-35 hat vor Kurzem mediale Aufmerksamkeit bekommen. Der Eigentümer Thorsten K. manipulierte die Quadratmeterzahl und ließ das Haus über Jahre hinweg verrotten. Die meisten dort lebenden Mieter sind vom Arbeitsamt abhängig. Thorsten K. kassierte seelenruhig vom Amt die viel zu hohen Mieten, die er sich, statt in das Haus zu „investieren“, in die eigene Tasche steckte. Den Mietern, die mit dem katastrophalen Zustand des Hauses leben mussten, blieb nichts anderes übrig, als abzuwarten. Abzuwarten, bis die Stadt Hamburg sich dazu herab ließ, die Situation überhaupt zu überprüfen. Abzuwarten, bis ein neuer „Retter in der Not“ in das Haus „investiert“. Häufig ist es fast unmöglich, für Menschen, die beispielsweise von Hartz 4 abhängig sind, auf dem Hamburger Wohnungsmarkt eine neue Wohnung zu finden. Sie sind also dem Eigentümer ausgeliefert.

Der neue „Investor“ kam auch, nachdem Thorsten K. zu einer Bewährungsstrafe verurteilt wurde. Der neue Besitzer Reidel versuchte, auf dem Grundstück ein Neubau zu errichten. Dieser Plan wurde jedoch von dem zuständigen Bezirksamt als „nicht genehmigungsfähig“ abgelehnt. Eine Masche dieser sogenannten „Investoren“ ist häufig, kontinuierlich Bebauungspläne bei der Stadt einzureichen, die nach langer Zeit der Prüfung am Ende nicht genehmigt werden. Das, weil die Eigentümer in dieser Zeit von ihrer Pflicht befreit sind, leerstehende Häuser weiter zu vermieten und somit das Haus weiter verrotten lassen können.

Auch noch ein Immobilieninvestor änderte nichts an den miserablen Zuständen in dem Haus, eher wurde es in den letzten Jahren schlimmer. Sogar die Post verweigerte für eine Zeit aufgrund der schlechten hygienischen Zustände, ihre Zustellung. Seit Kurzem ist es jedoch aufgeräumt vor dem Haus. Ein neuer, unbekannter Kaufinteressent beseitigte die Müllberge. Angeblich will er das Haus sanieren lassen. Zunächst ein Lichtblick für die Mieter.

Ob die Stadt jedoch weiterhin bereit ist, die erhöhten Mietkosten nach einer Sanierung für die meist arbeitslose Mieterschaft zu bezahlen, oder durch die Sanierung ein neues Klientel an Mietern angezogen werden soll, bleibt offen.

Dass die Stadt nichts gegen die Verrottung und Verwahrlosung ihrer Häuser tut, obwohl sie jegliche Befugnisse dazu hätte, macht einiges deutlich. Wer daran profitiert, sind natürlich die Investoren, die diesen bewusst herbeigeführten Mietwucher betreiben. Die Leidtragenden sind wie immer die Mieter, insbesondere die, die keine Möglichkeit haben, ihren Rechtsanspruch auf eine (bewohnbare) Wohnung geltend zu machen.

Auch die Stadt, von der Viele immer noch meinen, dass sie sich eigentlich für ihre Bewohner einsetzen sollte, profitiert von ihrer Untätigkeit. Nicht nur spart sie an der Abwarten-und-Tee-trinken-Taktik an Personal und Material. Sie profitiert vor allem an den erhöhten Mieten der sanierten Häuser. Vor allem in Stadtteilen, die noch nicht so stark „gentrifiziert“ sind, sind Sanierungen gern gesehen, um die Stadtteile für Reichere attraktiver zu machen. Hamburg bleibt immer noch ein Gebiet mit den höchsten Mieterhöhungen in ganz Deutschland. Die stadteneigene Wohnungsbaugesellschaft SAGA beispielsweise ist eine Aktiengesellschaft, die jedes Jahr aus den Mieten von meist Geringverdienern Profite einheimst. •



Kakerlakenfalle in Horn

LEIHARBEIT FÜR DIE BLG – EIN ERFAHRUNGSBERICHT



BLG-Lager im Güterverkehrszentrum

Wir veröffentlichen hier die Zuschrift einer Leserin über ihre Arbeit im Lager der BLG Logistics Group (ursprünglich: Bremer Lagerhaus-Gesellschaft). Die BLG ist 1877 gegründet worden und seitdem stets eins der wichtigsten Unternehmen für den Warenumsatz in den Häfen von Bremen gewesen. Heute hat die BLG mehr als 100 Niederlassungen auf allen fünf großen Kontinenten und in Bremen noch 6000 Beschäftigte, womit sie der drittgrößte Arbeitgeber der Stadt ist. Dort betreibt sie am einzigen Hafen im Stadtgebiet, wo noch Konsumprodukte umgeschlagen werden, im abgelegenen Güterverkehrszentrum (GVZ), wo noch einige weitere Logistikfirmen angesiedelt sind, das größte Hochregallager Europas, wo unter anderem die Ware von Tchibo ihren Hauptlagerplatz in Europa hat.

Vor ein paar Wochen wurde ich von einer Leiharbeitsfirma an die BLG vermittelt, um dort im Lager als Kommissioniererin zu arbeiten. Die BLG ist ein Seehafen- und Logistikdienstleistungsunternehmen mit internationaler Reichweite. Die Halle, in der ich arbeiten sollte, bearbeitet die Retourenlieferungen von Tchibo, und meine Aufgabe war es, die Pakete auszupacken, zu überprüfen und dann die Artikel zu scannen und in die dafür vorgesehenen Kartons zu packen. Was mir sofort auffiel, als ich in die Halle kam, war, dass ausschließlich Frauen an den Fließbändern standen und nur Männer die Gabelstapler bedienten. Das wurde mir dann auch auf meine Nachfrage hin von einer Mitarbeiterin erklärt, und zwar sei das so, weil zu der Aufgabe der Gabelstaplerfahrer gehört, dass die Kartons mit den Artikeln von den

Plätzen eingesammelt werden und dafür muss man diese anheben können. Am Fließband muss man keine schwere körperliche Arbeit verrichten, also machen das die Frauen. Das zeigt, dass die BLG wohl der Meinung ist, dass man als Frau ein schwaches Wesen ist und nicht in der Lage, einen Karton mit Klamotten anzuheben. Doch ein weiterer Grund dafür ist auch, dass es dazu dient, die Arbeiter verschiedener Abteilungen zu trennen, um die Vereinigung der Arbeiter innerhalb des Betriebes zu verhindern. Eine der ersten Sachen, die man dort lernt, ist die Leistung, die man erbringen muss: 110 Artikel pro Stunde. Für jemanden, der so etwas noch nie gemacht hat, erst einmal kaum zu schaffen, doch auch wenn man irgendwann ein bisschen Routine darin entwickelt hat, verspürt man ständig diesen Druck und die Angst, wenn man nicht schnell genug ist, seinen Job

zu verlieren. Oft versagt auch die Technik, sei es das Laufband, was mal nicht richtig funktioniert oder der Computer, der sich ständig aufhängt. Es gibt kaum eine Schicht, in der man kein Problem mit so etwas hat. Eine weitere Sache, auf die ich recht schnell hingewiesen wurde, war, dass, wenn man sich später als fünf Minuten nach Schichtbeginn einstempelt, einem eine halbe Stunde vom Lohn abgezogen wird. Ein Großteil der Leute dort ist jedoch auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen und hat somit keinen Einfluss auf die Pünktlichkeit.

Dann gibt es da noch den Raucherplatz neben den ausladenden LKW, wo man sich, nachdem man die ganze Zeit am Fließband gestanden hat, auf den Boden setzen kann, wenn man sich keinen eigenen Stuhl mitbringt. Natürlich muss sich jeder auf einem extra dafür aufgemalten Punkt befinden, um den Mindestabstand zueinander einzuhalten. Das ist vor allem seit der Corona-Pandemie der Fall, wo die Maßnahmen verschärft wurden, in dem man nun nicht mehr in größeren Gruppen rauchen kann, obwohl dies einer der wichtigen Orte zum Austausch der Arbeiter untereinander war. Der Unterstand, der sonst zum Raucherbereich gehört hat, ist seit Corona geschlossen.

Um dem Ganzen noch die Krone aufzusetzen, wird man behandelt wie ein Verbrecher. Regelmäßig patrouillieren Security-Leute durch die Halle mit einem Kontrollgerät, welches, wenn ein Arbeitsplatz angescannt wird, entweder grün oder rot leuchtet. Leuchtet es Grün, ist alles okay, wenn es allerdings rot leuchtet, bedeutet das, dass man kontrolliert wird. Dazu gehört neben der Kontrolle des Platzes, an dem man arbeitet, auch die Kontrolle des Spindes, wo die persönlichen Sachen durchsucht werden, bis hin zur Abtastung. Dass man in der Halle nur eine durchsichtige Tasche tragen darf, ist klar, und sollte man einen Tchibo-Artikel tragen, geht das nur mit Kaufbeleg. Aber das ist der BLG noch nicht genug Kontrolle. Wenn das Gelände nach Schichtende durch das Drehkreuz verlassen will, passiert es regelmäßig, dass ein Kontrolllämpchen leuchtet und man nicht durch das Drehkreuz kommt. Dann muss man durch den Security-Container direkt daneben gehen, wo dann die Taschen kontrolliert werden.

Einen wesentlichen Punkt bei dem Ganzen spielen die Leiharbeitsfirmen, über die die meisten, außer

ein paar Festangestellte, an die BLG vermittelt werden. Der tarifliche Mindestlohn in dieser Branche liegt bei 10,45 Euro, und wenn man die nicht voll ausgezahlt bekommt, wird es knapp, wenn man eine Familie hat, für die man sorgen muss. Aus diesem Grund haben viele der Arbeiter noch einen zweiten Job, um überhaupt über die Runden kommen zu können. Dazu kommt, dass es für die Leiharbeitsfirmen immer möglich ist, das Geld einzubehalten, sollte man sich falsch verhalten. Man muss sich fast alles gefallen lassen und darf nicht aufmucken, sonst muss man befürchten, sein Geld nicht zu bekommen. Wenn man nicht zu den Festangestellten gehört, ist es außerdem sehr schwer, sich mit Kollegen während der Arbeitszeit anzufreunden, denn man arbeitet immer an unterschiedlichen Plätzen und auch die Pausen verbringt man mit unterschiedlichen Leuten. Dazu kommt, dass durchgehend die Leiharbeiter neu eingestellt und andere entlassen werden. Denn die BLG müsste seinen Leiharbeitern schon nach ein paar Monaten mehr Gehalt zahlen und nach einer gewissen Zeit die Leiharbeiter sogar fest anstellen. So steht es in dem Neuen Leiharbeitergesetz von 2018, welches den Leiharbeitern bessere Bedingungen schaffen sollte. Das hatte jedoch nur zur Folge, dass man als Leiharbeiter jetzt noch häufiger arbeitslos ist, denn nach ein paar Monaten, wenn die Gehaltserhöhung bevor steht, wird man einfach entlassen, denn warum sollte die BLG oder irgendein anderer Ausbeutungsbetrieb dir mehr bezahlen, wenn sie auch einfach einen neuen bekommen können?

Die Leute, mit denen ich dort arbeite, die sich jeden Tag aufs Neue diese Ungerechtigkeiten gefallen lassen, haben keine andere Wahl. Sei es der junge Mann, der aufgrund seiner Herkunft keine bessere Arbeit findet, die alte Frau, deren Rente nicht zum Leben reicht, oder jemand, der unter dem Vorwand der Pandemie aus seinem alten Job entlassen wurde. Und wenn man dann nach der Schicht mit dem Bus durch das GVZ fährt, in dem an jeder Haltestelle Arbeiter aus anderen Hallen einsteigen, ist klar, dass auch sie unter solchen Bedingungen ausgebeutet werden, egal von welchem Unternehmen. Doch man sieht auch die Wut der Leute, und, dass sie sich das nicht länger gefallen lassen wollen. •

DAS HOCHWASSER UND WAS DER STAAT WIRKLICH UNTERNIMMT



Immer für einen Spaß zu haben: Laschet hinter Steinmeier bei einer Begehung in Erfstadt

Das Hochwasser führte zu großflächigen Schäden in weiten Teilen von NRW und Rheinland-Pfalz. Ganze Dörfer wurden weggerissen, Brücken sind eingestürzt und das Schienennetz wurde unterspült. Weite Teile der Infrastruktur in den betroffenen Gebieten sind beschädigt. Auf vielen Streckenabschnitten ist der Zugverkehr eingestellt worden. Der Wiederaufbau wird mehrere Jahre dauern. 47 Tote und ein Sachschaden in Milliardenhöhe sind die bisherige Bilanz der Naturkatastrophe allein in NRW. Kaum anders sieht es auch in Rheinland-Pfalz aus.

Das Hochwasser kam nicht überraschend, die ersten Anzeichen waren schon durch Satellitenaufzeichnungen neun Tage im Voraus zu erkennen. Präzise Angaben zur Niederschlagsmenge und ortsgenaue Angaben zum Niederschlag wurden 24 Stunden zuvor vom Deutschen Wetterdienst heraus-

gegeben. Also wäre genug Zeit zum Evakuieren der betroffenen Gebiete und damit der Schutz der dort Lebenden Bevölkerung vorhanden gewesen. Wieso dies nicht gemacht wurde, ist unklar.

Im Anschluss kommt es jetzt zu einem Streit der verschiedenen Verwaltungsebenen innerhalb des Landes NRW. Innenminister Herbert Reul schiebt alle Verantwortung an die Kommunen ab und weist die Schuld von sich und seinem Ministerium. Das Innenministerium habe alle Meldungen des Deutschen Wetterdienstes weitergeleitet und eine Koordinierungsgruppe einberufen, verteidigte sich Herbert Reul im Sonderausschuss. Reuls Argument ist, dass der Katastrophenschutz eine Aufgabe der Kommunen sei, nicht die der Landesregierung. Dies ist laut Gesetz auch richtig. Jedoch erklärt Reuls Beharren auf Rechten und Verordnungen nicht, wieso flächendeckend der Schutz der Bevölkerung

missachtet wurde, und das nicht nur in NRW, denn auch im benachbarten Rheinland-Pfalz wurden keine oder verspätete Evakuierungsmaßnahmen getroffen.

Während sich in Düsseldorf die verschiedenen Politiker streiten, wer an den nicht durchgeführten Maßnahmen Schuld ist, müssen sich die Menschen in den betroffenen Gebieten selber helfen. Am stärksten trifft es die, die nichts haben und sich die Neuanschaffung ihres alten Hab und Gut nicht leisten können. Der Verlust der persönlichen Besitztümer wird noch verstärkt mit dem Verlust von Arbeitsplätzen. Denn nicht nur die Arbeiterklasse ist betroffen, sondern auch Kleinunternehmer wie Café-Betreiber oder Besitzer von Kleinbetrieben. Standen schon vorher große Teile des Kleinbürgertums durch die „Pandemie-Maßnahmen“, wie Zwangsschließung und den damit verbundenen Wegfall von Einnahmen, am Rand ihrer wirtschaftlichen Existenz, stehen jetzt viele vor ihrem Aus. Neben die finanziellen Probleme dieser Schichten gesellt sich nun auch der Verlust der Ladeneinrichtung und anderer Wertgegenstände. Mit den Hinabsteigen einiger Geschäftsinhaber in die Reihen des Proletariats werden mit den geschlossenen Betrieben auch die Arbeitsplätze vernichtet. Auch die 3500€ Soforthilfe sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein wenn man bedenkt, dass man von diesem Betrag alles Lebenswichtige neu anschaffen muss, was in den Fluten verloren ging.

In diesen Moment gehen dann Laschet, Baerbock und Co. auf Wahlkampftour in den von der Flut betroffenen Gebieten. So wie in Erfstadt, als Bundespräsident Steinmeier eine Rede hielt und beteuerte, wie Leid im die Betroffenen täten. Teil der Entourage war Armin Laschet, der sich im Hintergrund köstlich amüsierte; im Nachgang hagelte es für den CDU-Kanzlerkandidaten harsche Kritik. Was unterging – auch Steinmeier scherzte mit seinen Freunden bei dem Besuch und lachte sich einen ab. Er war nur so schlau, dies nicht vor der Kamera zu tun. Das zeigt gut, dass es den Politikern eigentlich egal ist, wie es den Flutopfern geht, und man nur des Images halber dort hingereist ist. Aber auch andere Politiker wie die Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock reisten in die Flutgebiete und packten mit an. Baerbock entschied sich jedoch

dafür, es komplett ohne Kamera zu machen. Was hängen bleibt, ist die Vorstellung der selbstlosen Heldin, im Anschluss wollte sie dann doch noch in die Nachrichten und gab im Spiegel ein Interview, in welchen sie die Situation schilderte und mit der Situation schnell ihre Forderungen vom „grünen Kapitalismus“ untermauern konnte. Auch Baerbock nutzt die Naturkatastrophe nur für ihren Wahlkampf, wenn auch ein bisschen geschickter als ihr Konkurrent Armin Laschet von der CDU.

Dass die Leute in den Hochwassergebieten Hilfe brauchen steht außer Frage, und so kommt es, dass auch eine Menge Freiwillige in die Gebiete fahren und dort helfen. Sie räumen Straßen frei, schaufeln Schlamm weg oder schaffen lokal neue Infrastruktur. Unter den Helfern haben sich auch Faschisten gemischt und versuchen, sich so als großer Freund des Volkes aufzuspielen. Unter anderen haben diese dann Kinderbetreuung für Helfer und Anwohner organisiert oder mit Sachspenden die größte Not der Leute lösen können. Das funktioniert, weil der bürgerliche Staat nicht seine vorgeblichen Funktionen erfüllen wollte, den „Schutz der Bürger“. Dabei hat er dafür doch eine Vielzahl an Hilfsmitteln, wie Institutionen, Behörden, Apps oder Warnanlagen zur Verfügung. So wird zum Beispiel neben dem Technischen Hilfswerk und der (freiwilligen) Feuerwehr auch die Bundeswehr in den Katastrophengebieten eingesetzt, um schwere Schäden zu beseitigen. Doch trotz ihres bereits großen Instrumentariums an Möglichkeiten, THW, Warnapps, Bundeswehr und Co., schreit die Bourgeoisie nach weiteren Befugnissen und nimmt sich diese. So fordert Baerbock, die Befugnisse zum Katastrophenschutz weiter auf Bundesebene zu zentralisieren. Die Tendenz zur Zentralisierung von Entscheidungsgewalt schreitet dadurch, in diesen Fall im Katastrophenschutz, weiter voran. Unter der Parole „Jede mögliche Sicherheit für den Bürger“ werden alle möglichen Rechte beschnitten, doch kommt es zu einer Notsituation, ist der bürgerliche Staat nicht willens, zu handeln und den Schutz des Volkes zu gewährleisten. •

RASSISTISCHE CHATS IN DER FREIBURGER POLIZEI



Demonstration gegen reaktionäre Gewalt am 24. Juli in Freiburg

Am Montag, dem 26. Juli, gab es Durchsuchungen bei drei Freiburger Polizisten. Dabei wurden insgesamt drei Handys beschlagnahmt. Grund für diese Durchsuchung ist das Posten rassistischer Inhalte in einer Chatgruppe. Die drei Beteiligten sollen laut Badischer Zeitung zwischen 42 und 53 Jahre alt und im mittleren und höheren Dienst sein. Laut BZ sind die drei Beteiligten auch schon lange Zeit Teil der Freiburger Polizei.

Ein solches Ereignis überrascht weder, noch bildet es irgendeine Besonderheit. Schließlich kommen in den Nachrichten alle paar Tage Meldungen über Rechte Chatgruppen in der Polizei irgendeiner Stadt. Die rechten Chats in der Freiburger Polizei sind also kein Einzelfall!

Nun versucht sich die Freiburger Polizei in der Öffentlichkeit gut darzustellen. Laut Freiburger Polizeisprecher Martin Lamprecht habe man „so früh und transparent wie möglich die Öffentlichkeit über den Verdachtsfall informieren wollen.“ Nach der rassistischen Hetzjagd, bei welcher am 12. Juni ein Dutzend Menschen, unter anderem zwei hohe Freiburger Polizisten, einen Migranten durch die Stadt jagten, verhielt es sich ganz anders. Hierbei versuchte die Polizei möglichst wenig Auskunft über den Vorfall zu geben und die Beteiligung von Polizisten an der Hetzjagd zu verschleiern und zu relativieren. Das fortschrittliche Medium „Radio Dreieckland“ musste

sogar vor Gericht ziehen, da die Freiburger Polizei sich weigerte, ihre Fragen zu diesem Geschehen zu beantworten. Durch die Arbeit linker Medien und antifaschistischer Gruppen wurde diese Geschichte trotz Verschleierungsversuche der Polizei in der Öffentlichkeit bekannt und wurde zu einem Skandal für die Freiburger Polizei. Nicht der einzige, denn fast zeitgleich zu der genannten Hetzjagd gab es einen Messerangriff durch einen Faschisten der Freiburger „AfD“. In Folge dieses Angriffes versuchte die Polizei durch mediale Falschmeldungen und Relativierungen, den Täter zu schützen und, ließ ihn auch am selben Abend nach der Tat wieder frei.

Diese widerwärtigen Angriffe und die Rolle, welche die Polizei darin spielte, blieben jedoch nicht ohne eine Antwort. Verschiedene antifaschistische Gruppen aus Freiburg wollten dies nicht tatenlos hinnehmen und organisierten gemeinsam eine große Demonstration am 24. Juli, bei welcher sie wütend und entschlossen die rechten Angriffe, die Rolle der Bullen und auch die der großen bürgerlichen Presse, welche einfach eins zu eins die Lügen der Bullen übernahm und verbreitete, denunzierten. Die Polizei versuchte immer wieder, die Demonstration zu schikanieren. Bereits kurz nach Beginn wurde die Demonstration ohne erkennbaren Grund angehalten und die Bullen meinten, sie würden die Demo nicht dulden. Nachdem sie die Straße schließlich freigaben, stoppten sie die Demo wenig später erneut, weil die Antifaschisten

sich weigerten, die von der Polizei vorgegebene Route einzuhalten. Das Festhalten der Demonstranten wurde dann mit dem Abbrennen von Pyrotechnik begründet und Zwangsmaßnahmen gegen die Demo angekündigt.

Als die geplante Route der Demonstration das nächste Mal von den Vorstellungen der Polizei abwich, versuchten die Beamten, sie durch den Einsatz von Schlagstöcken zu stoppen. Dieser Angriff wurde von den Antifaschisten entschlossen beantwortet, wobei mehrere Polizisten zu Boden gingen. Die bürgerliche Presse spricht von elf verletzten Polizisten. Der Einsatzleiter, der über einen Lautsprecherwagen Durchsagen an die Demo richtete, klang mittlerweile zunehmend verzweifelt, drohte wiederholt mit der Auflösung der Demo und forderte die Demonstranten auf, sich von den „Straftätern“ zu distanzieren. Dieser dreisten Forderung leistete selbstverständlich niemand Folge, und letztendlich gab die Reaktion sich geschlagen und ließ den Aufzug weiterlaufen. Die gesamte Demonstration über hatte es die Polizei nicht geschafft, eine einzige Verhaftung durchzuführen. Lediglich am Ende, nachdem sich die Demonstranten zurückgezogen hatten, kam es an einem Platz in der Nähe des Auflösungsort zu mindestens vier wahllosen Festnahmen von Versammlungsteilnehmern, die beschuldigt werden, einen Feuerlöscher gegen die Polizei eingesetzt zu haben. Dass die Polizei als einziges Indiz offenbar ein Paar Handschuhe hat, zeigt, wie verzweifelt sie danach trachten, die Demonstration mit Repression zu überziehen.

Das ist eben, wie sich die Polizei verhält. Bei rechten Angriffen unterstützt sie die Täter, bzw. ist aktiver Teil davon, und wenn dann nun Menschen auf die Straßen gehen und dies öffentlich machen, versucht sie mit aller Kraft, dies zu verhindern. Dass nun ein weiterer Vorfall mit rechten Chats innerhalb der Freiburger Polizei bekannt wird, ist also wirklich wenig verwunderlich. Doch schauen wir uns nun den Umgang und die öffentlichen Mitteilungen der Freiburger Polizei dazu an. Hierbei ist es wichtig, den Kontext der vergangenen Vorfälle im Blick zu haben. Das Polizeipräsidium Freiburg hatte nämlich die Situation, dass es in kurzer Zeit zwei große und mehrere kleinere öffentliche Skandale gab. Einmal alles rund um den Messerangriff und die Hetzjagd, und daneben noch mehrere Berichte von Polizeigewalt, welche in den sozialen Medien rumgingen. Logisch also, dass die Freiburger Cops etwas für ihr Image tun müssen.

In Ihrer Pressemitteilung zu den Ermittlungen schreiben sie: *„Das Polizeipräsidium Freiburg steht für Menschlichkeit und Toleranz. Diese Werte verkörpern wir in unserem täglichen Handeln und aus Überzeugung. Handlungen, die geeignet sind, diese Werte in Frage zu stellen, begegnen wir entschieden und mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln.“* Ganz stolz ist die Freiburger Polizei darauf, dass dieser Fall durch interne Meldungen aus den eigenen Reihen heraus bekannt wurde. Im Gegenzug würden wir jedoch die Frage stellen, wieso die beteiligten Polizisten viele Jahre lang im Dienst waren, ohne dass irgendjemandem die rassistische Einstellung der Kollegen auffiel? Wir würden die Vermutung aufwerfen, dass die rassistische Haltung der drei Beteiligten den Kollegen sehr wohl bekannt war. Es hat sich nur niemand daran gestört. Auch stellen wir sehr stark in Zweifel, dass es diese Ermittlungen nach den internen Meldungen ohne die kürzlich vergangenen Skandale gegeben hätte. Denn allzu oft haben solche Meldungen lediglich für den Polizisten eine Folge, der das rechte Verhalten seiner Kollegen denunziert. Und auch in diesem Fall ist es sehr zweifelhaft, dass es irgendeine ernsthafte Folge für die drei rassistischen Bullen geben wird.

Wir kennen es doch schon. Die Bullen können machen, was sie wollen, und sie kommen damit davon. In den Arbeitervierteln haben wir verschiedene Geschichten von Jugendlichen gehört, die uns erzählten wie die Bullen ihre Freunde schlagen, wenn sie bei Kontrollen eine freche Antwort geben oder nicht das machen, was die Cops von ihnen wollen. Ihr ganzes Gerede von Toleranz und Menschlichkeit ist nichts als Heuchlerei. Sie sind es, die uns schikanieren, die uns schlagen, die uns foltern, und ja, wenn sie wollen auch die, die uns töten können. Alles, ohne irgendeine Konsequenz für ihr Handeln tragen zu müssen. Wie denn auch? Der Staat dient den Reichen, wieso sollte er also etwas dagegen haben, wenn die Polizei die Armen unterdrückt? Dies ist doch nichts anderes als ihre Aufgabe. Vom bürgerlichen Recht können wir keine Gerechtigkeit erwarten! Es ist eben das Recht der herrschenden Ausbeuterklasse, nicht das der Arbeiterklasse. Der einzige Weg für uns, Gerechtigkeit zu erkämpfen und uns von dem Terror der Bullen zu schützen, ist unsere Organisation. •

LESERBRIEF: „EIN HERZ FÜR TINDER?“

Party im Ausnahmezustand – das geht nicht gerade überall. Für Viele, besonders Jugendliche, ist das schwierig, neue Leute kennenzulernen. Gut, dass man die Partnersuche heutzutage schon von zu Hause aus machen kann, denn es gibt ja Online-Dating. Bei dieser Art von Partnersuche sticht zunehmend eine Plattform hervor, die dabei ist, viele alte Anbieter zu verdrängen: Tinder, eine „Dating-App“, die wie die anderen damit wirbt, wie sie glückliche Paare zusammengebracht hat. Wer jetzt denkt, *„Moment, ging es da nicht eigentlich nur um Sex“*, liegt natürlich richtig. Online-Dating-Dienste funktionieren dadurch, dass die meisten Leute die ganze Zeit den Partner wechseln, nichts da mit „glücklich verliebt“. Tinder kennzeichnet unter den Dating-Apps und Plattformen das Prinzip „schneller, direkter, besser“, perfekt für junge Leute, die es gerne jedes Wochenende mit jemand anders machen wollen. Wie in einer Diashow „swipet“ man sich durch die lokale Tinder-Community und entscheidet anhand eines einzigen Bildes: Ja oder nein.

Aber Spaß kostet bei Tinder. Im geringsten Fall wird einem Werbung bei der Gratis-Version unterbreitet, aber man wird geradezu dazu gedrängt, sich ein wirklich umfassendes Angebot der Tinder-Welt zu beschaffen. Denn da gibt es doch soo viele Möglichkeiten! Und es ist doch auch soo günstig! Nein, ehrlich, das sind Millioneneinnahmen (2019 waren es 1,2 Milliarden Dollar weltweit), die dadurch gemacht werden, dass sich Leute privat zum Sex verabreden. Das ist doch eine Schweinerei, und macht Tinder zum größten Zuhälter Deutschlands, bzw. der Welt.

Machen wir uns mal einen Überblick über die Käufe, die man für Tinder macht. Verschiedene Nutzer berichten, wie die Zahl der Matches, d.h. der Begegnung zweier Profile, die sich potentiell attraktiv finden, nach den ersten Tagen schlagartig fällt, also Tinder in einigen Fällen Mechanismen einbaut, die Nutzer „aus dem Game nehmen“. Das ist ein Grund, andererseits die „Spannung“ oder Vorteile, die die App verspricht, wenn man erst mal unbegrenzt Likes vergeben kann, Boosts bekommt, den letzten Swipe (Wischer) nochmal zurücknehmen und so weiter. Und so holt man sich dann Tinder Plus, Tinder Gold, Tinder Platinum, Tinder was auch immer. Tinder Gold kostet z.B. 25 Euro für einen einzelnen Monat,

bei einem Jahresabo 10 Euro monatlich. Was hat man davon? Zum Beispiel unbegrenzt Likes vergeben oder monatlich einen „Gratis-Boost“ bekommen. Das ist wohl der wesentliche Vorteil der Kaufversionen und besonders für Männer (denn es nutzen deutlich mehr Männer als Frauen Tinder) notwendig, um nicht viel zu wenigen Leuten (weniger Leute, weniger „Erfolg“) angezeigt zu werden. Mit einem Boost wird man der Zielgruppe in seiner Umgebung für eine halbe Stunde verstärkt angezeigt. Also beides Möglichkeiten, sich mehr aufzudrängen, sichtbarer zu werden, mehr in den Vordergrund zu gelangen. Das ist doch wie wenn ein Freizeitpark anfängt, „Vordrängelkarten“ für die Schlange vor der Achterbahn zu verkaufen. Dann drängelt sich der eine vor, dann der nächste, der noch die Groschen übrig hat, und am Ende hat fast niemand einen Vorteil, aber alle weniger Geld, und der Besitzer freut sich – das ist doch sehr effektiv fürs Geldmachen.

Andere Funktionen in „Tinder Gold“: Den letzten Swipe zurücknehmen und der „Reisepass“: Letzterer bedeutet, dass man den üblichen Suchradius, der auf 160 km begrenzt ist, überschreiten und den Standort der Suche frei wählen kann. So kann man auch „Tindern“, wenn man nicht zu Hause ist, oder wenn man schlicht aus der Mongolei oder Grönland, wo die Bevölkerungsdichte nicht so besonders hoch ist, kommt. Ist das jetzt ein toller Bonus? Es ist doch eher eine Einschränkung, dass man das im Normalzustand nicht kann. So machen die Leute Geld: Man hat ein volles Angebot, das keine zusätzliche Arbeitskraft erfordert, und schränkt es einfach ein. So sind Konzerne, die Software entwickeln, heute in der Lage, wahnsinnige Einnahmen zu generieren, weil die digitalen Angebote nicht erschöpflich sind. Mit Extra-Funktionen in „Tinder Gold“, die helfen sollen, „den richtigen Partner“ zu finden, verhält es sich nicht anders.

Auch die Frage der Privatsphäre ist interessant. Um nur ausgewählten Personen angezeigt zu werden sowie die Sichtbarkeit der persönlichen Eigenschaften im Profil einzuschränken, braucht man auch ein Upgrade auf eine zu bezahlende Version. Und dabei fliegen die Bilder überall rum, nicht wenige sind recht intim. Man hat z.B. die größten Chancen auf einen Swipe nach rechts (Bedingung für ein Match), wenn man sich

in Unter- oder Badewäsche zeigt. Auch, dass solche Sachen nicht allen gezeigt werden, lässt sich Tinder bezahlen. Das sind jetzt einige Punkte, die zeigen, was für eine skrupellose Geldmaschine Tinder ist.

ALLE ELF MINUTEN...

Die Herrschenden sind süchtig nach Profit. Es ist schon absurd, was sie sich in den letzten Jahren haben einfallen lassen, um aus den banalsten Dingen im Alltag des Volkes eine Geldquelle zu machen. Marx und Engels schreiben im *Manifest der Kommunistischen Partei* über diesen Punkt:

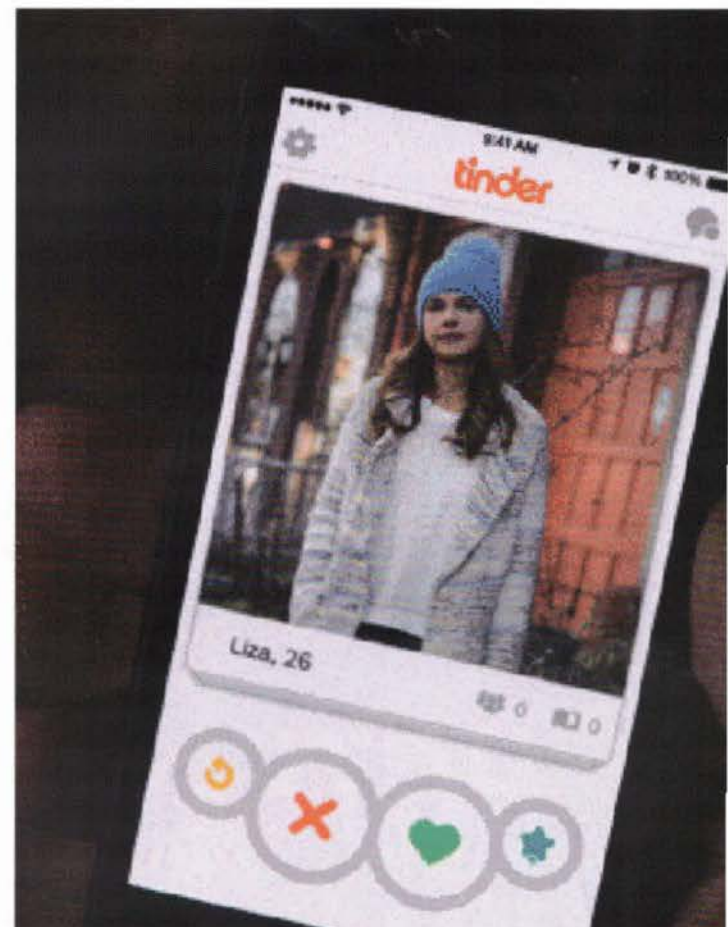
„Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat [...] kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose ‚bare Zahlung‘“

Besonders „technischen Assistenten“ oder Vermittler, wie es Dating-Dienste sind, sprießen zur Zeit als Geldquellen massenhaft aus dem Boden. Alles nicht so schwer programmierbare Software. Warum sollte aber so etwas wie „Partnersuche“ 10 Euro im Monat kosten? Man könnte auch einfach vor die Tür gehen. Und was bekommt man im Gegenzug für die Beiträge? Ist es nicht Privatsache, mit wem man sich verabredet, soll man dafür solche Geier wie die Tinder-Besitzer bezahlen?

Das muss man sich doch mal vorstellen: Heutzutage verdienen die Reichen schon auf der ganzen Welt daran, dass sich Menschen privat zum Sex verabreden. Was kommt als nächstes? Schlafüberwachung für einen besseren Schlaf, wie es z.B. die modernen Armbanduhren (Smart Watches) schon eingebaut haben? Bald zahlen alle für einen „besseren Schlaf“, und noch mehr Zeit unserer Lebens ist abgedeckt, wo wir ihnen Profit einbringen. Das kann alles für uns seine Nützlichkeit haben, aber das ist nicht der Zweck dieser Sachen. So ist der Zweck von Tinder nicht, Menschen zusammenzubringen, sondern ordentlich Asche zu machen. Heute ist nicht nur deine Arbeitskraft eine Ware, sondern dein ganzer Tag, wenn du dir werbefinanzierte Videos und Internetseiten anguckst, mit deiner „Amazon Alexa“ redest oder eben

Tinder benutzt. Und als Ware sollst du natürlich die beste „Qualität“ haben, d.h. was das Geschäftskonzept verlangt. Große, muskulöse Männer und zierliche Frauen mit prallrunden Kurven, knapp bekleidet sowieso. Tinder formiert die Leute, sich entsprechend der „gesellschaftlichen Norm“ als solche Ware zu präsentieren. Damit formieren die Dating-Dienste, zusammen mit der Porno-Industrie, außerdem Generationen mit einer teilweise kaputten Sexualität samt patriarchaler Ideen.

Alle 11 Minuten oder so ungefähr landet eine neue Million auf dem Konto irgendeines Dating-Anbieters, während sich zwei Menschen an irgendeinem Ort gerade privat treffen. Für sie ist das „freiwillig“, allein eine Entscheidung zwischen zwei Personen. Wer sie zusammengebracht hat, wer gewollt hat, dass sie sich treffen, ist allerdings ein Zuhälter, einer der modernen Art. Denn bei „Online-Dating-Diensten“ ist die Verabredung zweier Menschen ein einfaches Geschäft, mit dem Geld gemacht wird. •



WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

TERMINE IM SEPTEMBER

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch
ab 17 Uhr

FREIBURG

Café Popular
Linkes Zentrum jadelante!
1. und 3. Sonntag im Monat
ab 13 Uhr

DAS TITELBILD

Aktionen zum Wahlboykott aus der BRD, Brasilien, Norwegen und den Vereinigten Staaten

**ROTE
POST** 